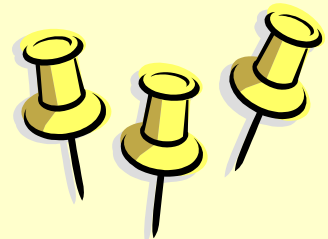




Rundschreiben Juni 2015

ergeht an alle Mitglieder der Fachausschüsse, Dienststellenausschüsse
sowie Vertrauenspersonen

**Info für das
Verwaltungspersonal**



Vorsitzender des Zentralausschusses
für die beim Bundesministerium für Bildung und Frauen
und den nachgeordneten Dienststellen verwendeten Bundesbediensteten

Johann PAUXBERGER

A-1080 Wien, Strozzigasse 2/3. Stock • Tel. 01/53 120-3250 • Fax 01/53 120-81-3250 • johann.pauxberger@bmbf.gv.at



Wien, im Juni 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In diesem Rundschreiben finden Sie Informationen über

- das Gespräch bei Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek und
- die Behindertenvertrauensperson im Zentralausschuss.

Damit alle Kolleginnen und Kollegen über die aktuellen Geschehnisse informiert werden, bitte ich eindringlich, dieses Rundschreiben auszuhängen, gegebenenfalls zu vervielfältigen und zu verteilen.

*Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie
im Namen aller Kolleginnen und Kollegen
des Zentralausschusses
einen schönen und erholsamen Sommer!*



Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Pauxberger'. The signature is fluid and cursive, written in a professional style.

Gespräch mit Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek am 15. Juni 2015

Am 15. Juni 2015 hatten die Mitglieder des Zentralausschusses und der Bundesvertretung 3 die Möglichkeit Frau Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, deren Kabinettschefin Mag. Romana Rotschopf, MBA und Herrn Generalsekretär Sektionschef Ing. Mag. Andreas Thaller persönlich kennen zu lernen und sie über einige der aktuellen Themen zu informieren:

Reform der Schulverwaltung

Die Empfehlungen der Expert/innenarbeitsgruppe Schulverwaltung sehen vor, dass künftig Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung durch den Bund erfolgen soll, sowohl die Finanzierung als auch die Kontrolle sind ebenfalls Bundessache. Alleine die Verwaltung sollte hier (wohl als Kompromiss im Kompetenzstreit mit den Ländern) Landessache sein.

Wir haben darauf hingewiesen, dass dieser Systembruch (auch Landespolizeidirektionen sind Bundesdienststellen) nicht wirklich begründet werden kann und die derzeit etwa 6.000 betroffenen Bundesbediensteten der Schulverwaltung in den Ländern gute Arbeit leisten.

Frau Bundesministerin meinte dazu, dass dieses Papier eine unverbindliche Empfehlung darstelle und für die endgültige Entscheidung auch die Meinung weiterer Expertisen (z.B. die des Rechnungshofes) berücksichtigt würden.

Standpunkt des Zentralausschusses und der Bundesvertretung 3:

Der Zentralausschuss und die Bundesvertretung 3 sprechen sich dafür aus, dass die Verwaltung des Personals weiterhin durch den Bund erfolgen muss.

LSR/SSR für Wien oder Bildungsdirektion sind unabdingbar, dürfen aber keinesfalls in die Länderkompetenz fallen → LSR/SSR für Wien bzw. Bildungsdirektion müssen weiterhin Bundesbehörden sein.

Personalausstattung

Trotz wachsender Aufgaben und vermehrtem Arbeitsaufwand ist der Ausstattungsschlüssel im Schulbereich unverändert geblieben.

Im AHS-Bereich sind beispielsweise derzeit ca. 50 Schulen allein in den Sekretariaten unterbesetzt.

Die daraus resultierenden Überbelastungen führen vielfach zu erhöhten Krankenständen bis hin zum Burnout und zu Störungen des Arbeitsklimas. Selbst bei Langzeitkrankenständen gibt es keine Vertretungen, das stellt ein großes Problem dar.

In den übrigen Schulformen können wir ähnliches feststellen. Auch in den Landesschulräten/Stadtschulrat für Wien und im Bundesministerium werden die Aufgaben mehr und komplexer. Die Folgen sind ähnlich wie in den Bundesschulen (es hat noch nie eine so hohe Anzahl von Burnout-Fällen gegeben!).

Standpunkt des Zentralausschusses und der Bundesvertretung 3:

Weitere Einsparungen sind nicht verkraftbar. Eine Aufgabenreform ist dringend notwendig.

Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek zeigte sich über die Problematik informiert, seitens Herrn Generalsekretär Ing. Mag. Thaller wurde darauf hingewiesen, dass eine Aufgabenreform für das Jahr 2016 vorbereitet wird.

Reinigung

Der Zentralausschuss und die Bundesvertretung 3 treten nach wie vor für den Erhalt der Eigenreinigung ein und bedauern das Auslaufen der Eigenreinigung.

Standpunkt des Zentralausschusses und der Bundesvertretung 3:

Bei der Vergabe von Reinigungsflächen ist jedenfalls Bedacht darauf zu nehmen, dass die vorhandenen Reinigungskräfte nicht benachteiligt werden.

Die Dienstgeberseite konnte unseren Argumenten folgen. Im Hinblick auf die Bindungen im Stellenplan ist aber eine Rücknahme der Maßnahme nicht möglich.

Budget

Weitere Budgetkürzungen sind aus Sicht von Zentralausschuss und Bundesvertretung 3 nicht mehr verantwortbar. Dies führt auch zu Demotivation weil Bedienstete ihrem Auftrag nicht mehr entsprechend nachkommen können. InspektorInnen und SchulpsychologInnen können auf Grund der budgetären Einschränkungen (Kürzung des Reisekostenbudgets) oft ihren Aufgaben nicht gerecht werden.

Wir haben Frau Bundesministerin insbesondere auch über folgende Themen, die laufend verhandelt werden, informiert:

Schulwarte:

Nach wie vor gibt es keine gültige Arbeitsplatzbeschreibung. 2008 wurde bereits eine Arbeitsplatzbeschreibung vorgelegt, die trotz einiger Urgenzen nie bearbeitet wurde. 2014 wurde eine erneute Fassung vorgelegt und wir hoffen dabei auf eine raschere Erledigung.

Wartezeiten bei Nachbesetzungen:

Nach wie vor gibt es Wartezeiten bei Nachbesetzungen. Allerdings ist anzumerken, dass in diesem Bereich bereits deutliche Verbesserungen geschehen sind und positive Anzeichen zu sehen sind, dass Nachbesetzungen rasch erfolgen.

Abgeltungen von Zusatzaufgaben:

Es werden immer wieder neue Aufgaben und Anforderungen dem Verwaltungspersonal übertragen, die gleichsam als Selbstverständlichkeit angesehen werden, aber mit hoher Verantwortung verbunden sind, wie das z.B. beim Brandschutz der Fall ist.

Auch der Mehraufwand bei der Betreuung der ExternistInnen durch Sekretariatskräfte wird bislang in keiner Weise abgegolten.

Die bei diesem Termin angesprochenen Punkte stellen nur einen kleinen Auszug all der Probleme mit denen wir befasst sind dar. Wir setzen alles daran sie in absehbarer Zeit einer Lösung zuzuführen.


Behindertenvertrauensperson

AD Ing. Franz KRIPPEL, geboren am 13. März 1958, wurde am 6. Mai 2015 von den im Rahmen der Personalvertretungswahl 2014 gewählten Behindertenvertrauenspersonen als deren Vertreter im Zentralausschuss gewählt.

Kontaktadresse:

LSR für Niederösterreich
Rennbahnstraße 29
3109 St. Pölten
Tel: 02742/280-3723
E-Mail: franz.krippel@lsr-noe.gv.at

Mit freundlichen Grüßen



(Johann Pauxberger)
Vorsitzender